

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
05/2011*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Am Dienstag und Mittwoch dieser Woche fanden die Plenarsitzungen 105-108 statt. Themen waren unter anderem der Euro-Schutzschirm, der Frauengesundheitsbericht, der Bundesfinanzrahmen für die Jahre 2012 bis 2015 und die Reduktion von nicht-verrottenden Plasticksackerln.

Wie immer findet Ihr in meiner Parlamentsmail eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse der Sitzungstage, meine Redebeiträge in den Parlamentsdebatten und einen Überblick über meine ausgeschickten Pressemitteilungen.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 17. und 18. Mai trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Behandlung des Frauengesundheitsberichts und der Beschluss des Bundesfinanzrahmens für die Jahre 2012 bis 2015. Im Rahmen einer Dringlichen Anfrage und einer Aktuellen Europastunde wurden der Euroschutzschirm und die aktuelle Situation in Griechenland diskutiert.

Der Dienstag startete mit einer **Fragestunde** an die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst **Gabriele Heinisch-Hosek**. Hierbei betonte die Ministerin, dass die **gesetzliche Verankerung der Einkommenstransparenz** ein **Meilenstein** zu mehr Einkommensgerechtigkeit ist. Sie forderte die Fortsetzung der Anstoßfinanzierung des Bundes für den **Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen** und warb für mehr **Frauen in Führungspositionen** in der Privatwirtschaft.

Es folgte eine **Aktuelle Stunde** zum Thema **Energieversorgung**. **SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian** betonte, dass das **Ökostromgesetz** ein wichtiger Baustein in einer Vielzahl von Maßnahmen ist, die für einen **Ausstieg aus der Atomenergie** und für eine gute Energiepolitik gesetzt werden müssen. Zum vorliegenden Entwurf für ein neues Ökostromgesetz werden noch Verhandlungen stattfinden. Aus Sicht der SPÖ ist klar, dass mit dem Ökostromgesetz deutlich **mehr Strom als derzeit aus erneuerbarer Energie** kommen muss. Wir brauchen ein **verlässliches und nachvollziehbares Fördersystem** sowie stabile Rahmenbedingungen. An den Kosten müssen sich alle Stromkunden entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen.

Der danach behandelte **Frauengesundheitsbericht** stellt eine wichtige Grundlage für eine **nachhaltige Gesundheitspolitik** dar. Männer und Frauen haben unterschiedliche Gesundheitsrisiken, daher müssen auch Therapie, Prävention und Diagnose angepasst sein. Es folgte die Behandlung von Materien aus dem Umweltausschuss und dem außenpolitischen Ausschuss.

Der Euroschutzschirm und die Situation in Griechenland

In Rahmen der Behandlung einer **Dringlichen Anfrage** wurde am Nachmittag über die Situation in Griechenland diskutiert. Auch am Mittwoch dominierte dieses Thema

in der **Aktuellen Europastunde**. Dazu ist festzuhalten: **Österreich profitiert enorm von der Währungsunion**. Das WIFO hat errechnet, dass in Österreich auf Grund des Euro seit 1999 jedes Jahr ein **zusätzliches Wachstum von durchschnittlich 0,9 Prozent** (rund 2,5 Mrd. Euro) und **20.000 zusätzliche Arbeitsplätze** generiert werden. Insgesamt sind das zusätzlich rund 27,5 Mrd. Euro und 220.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Die Kredite für Griechenland, Portugal und Irland verhindern größeren Schaden für Österreich und Europa. 60 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung und eine Million Arbeitsplätze hängen am Export. Wenn es den gemeinsamen Euro nicht gäbe, würde nach Einschätzung von Experten die **österreichische Wirtschaftsleistung um 5 Prozent abstürzen und tausende Arbeitsplätze wären gefährdet**. Das wäre eine gewaltige Krise, die an die 30er Jahre erinnert.

Bundeskanzler Faymann warnte eindringlich davor, ohne Blick auf Konsequenzen **vereinfachende Antworten auf die Probleme** einzelner EU-Mitgliedstaaten zu geben. Ein "Hinausschmeißen" Griechenlands aus der Währungsunion kommt für ihn nicht in Frage, vielmehr ist er der Meinung, dass ein **Bankrott Griechenlands** zu einer **weiteren, viel tief greifenderen Krise mit negativen Folgen wie Massenarbeitslosigkeit und sozialen Spannungen** führen würde. "**Das wäre eine unverantwortliche Politik**", betonte Faymann.

Ein Hinausdrängen Griechenlands aus der Währungsunion hätte genauso massive Konsequenzen: Die bestehenden Schulden wären von den Griechen weiterhin in Euro zu bezahlen. Eine neue griechische Währung müsste aber massiv abwerten. **Griechenland könnte dann seine Schulden nicht zurückzahlen**, womit die österreichischen Kredite verloren wären. Um dies zu verhindern, sind die Kredite an ein strenges Reformprogramm geknüpft, das die griechische Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig machen soll.

Ein Austritt aus der Eurozone wäre außerdem eine Einladung an Spekulanten, auf weitere Austritte zu spekulieren und würde zu einer neuen Finanzkrise, schlimmer als jene von 2008, führen.

Bundesfinanzrahmen 2012 - 2015

Nach der Aktuellen Europastunde wurde am Mittwoch der **Bundesfinanzrahmen** für die Jahre 2012 bis 2015 beschlossen. Der Vierjahresplan legt fest, wie viel Geld die Regierung in den kommenden Jahren maximal ausgeben darf. Für das heurige Jahr sieht der Finanzrahmen ein Defizit von 3,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor. In den folgenden Jahren soll das Defizit kontinuierlich sinken und **2013 unter der Drei-Prozent-Maastrichtgrenze** liegen.

Österreich ist besser durch die Wirtschaftskrise gekommen als die meisten anderen europäischen Staaten. Dass die **Beschäftigung wieder steigt** und die **Arbeitslosigkeit sinkt**, zeigt, dass die österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Werner Faymann die richtigen Maßnahmen für den Weg aus der

Krise gesetzt hat. Auf Drängen der SPÖ wurden in den letzten beiden Jahren die Steuern und Abgaben auf Arbeit gesenkt und gleichzeitig Steuern auf Stiftungen und Spekulation erhöht. Dieser Kurs soll fortgesetzt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss die österreichische Bundesregierung simultan das **Budget sanieren**, **Schwerpunkte in zukunftsorientierten Politikbereichen** setzen, notwendige **Strukturreformen** vornehmen und weitere Schritte in Richtung **Verteilungsgerechtigkeit** setzen. Dabei spart Österreich nicht in die nächste Krise hinein wie einige andere europäische Staaten, sondern investiert in Zukunftsfelder wie Bildung oder thermische Sanierung und damit aus der Krise heraus. Trotzdem wird der mit dem Budget 2011 eingeleitete **Konsolidierungskurs** fortgesetzt.

Abschließend wurden am Mittwoch Materien aus dem Sozialausschuss behandelt.

Initiativantrag „BürgermeisterInnenregelung“

Eingebracht wurde ein Initiativantrag, der **sozialrechtliche Änderungen für politische MandatarInnen** bringt. Gelöst werden soll dadurch vor allem das kommunalpolitische Problem, dass BürgermeisterInnen und GemeindemandatarInnen oft auf ihre öffentliche Funktion verzichten bzw. verzichten müssen, weil sie ihre vorzeitige Alterspension gänzlich verlieren, wenn sie gleichzeitig ein politisches Mandat ausüben. Derzeit fällt nämlich die Pension zur Gänze weg, wenn der Bezug einer vorzeitigen Alterspension mit einer Funktionsentschädigung eines politischen Mandats zusammentrifft, sobald diese Entschädigung über der Geringfügigkeitsgrenze (mtl. 374,02 Euro) liegt. In Zukunft sollen diese Bezüge in jenen Fällen, in denen sie 49 Prozent des Nationalratsbezuges nicht übersteigen, nicht mehr zum Wegfall der Pension führen. Alle Bezüge über dieser Grenze führen weiterhin zum Wegfall einer vorzeitigen Alterspension.

Nicht betroffen von dieser Neuregelung sind daher alle politischen MandatarInnen auf Landesebene und auf Bundesebene. Änderungen sind auch bei den **Anrechnungsbeträgen bei der Pensionsversicherung** vorgesehen.

Darüber hinaus sollen öffentliche MandatarInnen nach dem Ausscheiden aus ihrer Funktion die Möglichkeit bekommen, **Arbeitslosengeld aus ihrem früheren Zivilberuf** beziehen zu können.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Dienstag, 17. Mai

Frauengesundheitsbericht 2010/2011 – Wichtige Grundlage für nachhaltige Gesundheitspolitik ([III-228/1179 d.B.](#))

Auf Antrag der SPÖ wurde erstmalig der österreichische Frauengesundheitsbericht auch im Plenum des Nationalrats vorgestellt und debattiert. Der

Frauengesundheitsbericht wurde zum drittenmal vorgelegt und ist zum einen eine **notwendige und wichtige Datengrundlage für die zukünftige Gesundheitsversorgung in Österreich**, zum anderen eine **gesellschaftspolitische Dokumentation über die speziellen Lebenssituationen und unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern**.

Männer und Frauen haben unterschiedliche Gesundheitsrisiken, daher müssen auch Therapie, Prävention und Diagnose unterschiedlich sein. So zum Beispiel haben Frauen unter 50 ein doppelt so hohes Risiko, an einem Herzinfarkt zu sterben als Männer, auch bei Arzneimitteln gibt es unterschiedliche Zugänge und Wirkungen. „**Gender Medicine**“ ist ein wichtiger Teilbereich im Bericht. Durch die einzigartige Einrichtung eines Lehrstuhls für Gender Medicine ist Österreich Vorzeigeland in Europa geworden.

Der Frauengesundheitsbericht enthält Handlungsempfehlungen für die Politik und ist damit eine wichtige **Grundlage für zukünftige Strategien im Bereich der Gesundheitsvorsorge**. Gesundheitsminister Alois Stöger plant in weiterer Folge einen eigenen Kinder- beziehungsweise Seniorengesundheitsbericht.

Interessante Ergebnisse:

Mehrfachbelastung von Frauen ist ein Gesundheitsrisiko: Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung („männliche“ Erwerbsarbeit / „weibliche“ Familienarbeit) ist weiterhin eine zentrale Dimension der Ungleichheit zwischen Mann und Frau. Mehrfachbelastungen wirken sich als Gesundheitsrisiko für Frauen aus.

Unterschiede in der Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen: Frauen weisen durchschnittlich mehr Arztbesuche als Männer auf, wobei ein Drittel auf Vorsorgeuntersuchungen zurückzuführen ist. Die Sorge um die Gesundheit ist bei Frauen ausgeprägter, Männer hingegen halten sich für gesünder.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind führende Todesursache bei Männern und Frauen: Im Durchschnitt treten bei Frauen Herzerkrankungen zehn Jahre später auf als bei Männern. Nach dem 75. Lebensjahr steigt die Todesrate durch einen Herzinfarkt bei Männern um das 5-fache, bei Frauen um das 9-fache. Jüngere Frauen mit Herzinfarkt haben ein deutlich höheres Sterberisiko gegenüber Männern. Frauen unterscheiden sich von Männern in der Symptompräsentation, weshalb geschlechtsspezifische Daten in der Erhebung von Risikofaktoren vermehrt mit einbezogen werden sollten.

Zweithäufigste Todesursache bei Frauen sind Krebserkrankungen: Brustkrebs ist mit einem Anteil von 28 % an allen Tumoren die häufigste Krebserkrankung von Frauen. Das Durchschnittsalter bei Frauen zum Diagnosezeitpunkt liegt bei rund 46 Jahren. Noch in diesem Jahr wird das nationale Mammographie-Screening-Programm in Österreich für die Risikogruppe der 50- bis 69-jährigen Frauen eingeführt (Einladung zur Mammografie erfolgt alle zwei Jahre). Die Qualitätssicherung in der Gesamtversorgung spielt dabei eine wesentliche Rolle.

Psychische Gesundheit von Frauen: Die Verordnung von Antidepressiva ist bei Frauen fast doppelt so hoch wie bei Männern. Depressionen, Angststörungen und psychische Beeinträchtigungen sind ein wichtiges Frauengesundheitsthema.

Ernährung, Bewegung und Übergewicht: Frauen legen grundsätzlich mehr Wert auf gesunde Ernährung, betreiben aber seltener Sport als Männer. In Österreich betätigen sich 23,3 % Frauen und 31,6 % Männer regelmäßig sportlich. Der Nationale Aktionsplan Ernährung verfolgt das Ziel, die Ernährung der österreichischen Bevölkerung zu verbessern und die lebensstilbezogenen Erkrankungen und deren Risikofaktoren zu erreichen

Reduktion des Einsatzes von Tragetaschen aus nicht verrottbarem Kunststoff – Plastiksackerl ist Paradebeispiel für kurzsichtigen Umgang mit Erdöl [\(1180 d.B.\)](#)

Ziel dieses gemeinsamen SP/VP-Antrages ist **eine möglichst rasche Vermeidung von Plastiksackerln**. Hieß es in den 80er Jahren noch „Jute statt Plastik“, scheint die Vermeidung von synthetischen Materialien heute völlig in den Hintergrund getreten zu sein. Rund 250 Millionen Tonnen Kunststoffprodukte werden jährlich weltweit produziert, vor 30 Jahren war es nur ein Viertel davon.

Laut Schätzungen landen 80 Prozent des weltweit produzierten Kunststoffabfalls im Meer. Grundsubstanzen mancher Kunststoffe enthalten Wirkstoffe, die hormonell wirken beziehungsweise Nervenleiden hervorrufen können. Daher gilt es Überzeugungsarbeit zu leisten und Plastiksackerln zu vermeiden.



(Quelle: Süddeutsche Zeitung 14.05.2011)

Bürgerinitiativen vom Fremdenrecht bis Verkehrs- und Sozialpolitik [\(1159 d.B.\)](#)

Der Sammelbericht umfasst den aktuellen Stand der BürgerInnenanliegen im Nationalrat: Das sind 7 Petitionen und 3 Bürgerinitiativen. Drei Initiativen wurden im Rahmen von Hearings mit ExpertInnen besonders eingehend diskutiert. So auch die von der **SPÖ Oberösterreich** initiierte **Bürgerinitiative für mehr**

Verteilungsgerechtigkeit in Österreich, die von **55.000 Bürgerinnen und Bürgern** mit ihrer Unterschrift unterstützt wurde.

Für eine bessere Kooperation mit Südafrika – Änderung des Abkommens über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit ([1176 d.B.](#))

1999 wurde zwischen der EU und Südafrika ein Abkommen über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit abgeschlossen. Dieses hat zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Südafrika geführt. Im Rahmen der Änderung dieses Abkommens wurden nun neue Ziele der Zusammenarbeit festgelegt. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf den Aufbau einer Informationsgesellschaft, auf die Entwicklung einer geeigneten Energiepolitik und die Zusammenarbeit in Fragen der Abrüstung gelegt.

Intensivere Beziehungen zur Republik Korea – neues Rahmenabkommen mit der EU und ihren Mitgliedstaaten ([1177 d.B.](#))

Das Abkommen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Korea soll einen umfassenden Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und der Republik Korea bilden und die Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet ausbauen. Ziel der Zusammenarbeit ist ein intensiver politischer Dialog u.a. zu den Themen Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Bekämpfung der unkontrollierten Weitergabe von Kleinwaffen und leichten Waffen und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus.

Abkommen zur kulturellen Zusammenarbeit mit Mazedonien ([1178 d.B.](#))

Ziel des Abkommens zwischen Österreich und Mazedonien ist es, die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zu fördern und auf eine vertragliche Basis zu stellen. Die Zusammenarbeit von wissenschaftlichen Institutionen sowie Institutionen auf dem Gebiet des Schulwesens und der Kultur soll forciert werden.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Mittwoch, 18. Mai

Bundesfinanzrahmen 2012 bis 2015 ist eine solide Basis für Fortsetzung des erfolgreichen Weges Österreichs ([1199 d.B.](#))

Österreich ist besser durch die Wirtschaftskrise gekommen als die meisten anderen europäischen Staaten. Dass die **Beschäftigung** wieder **steigt** und die **Arbeitslosigkeit sinkt**, zeigt, dass die österreichische Bundesregierung unter

Bundeskanzler Werner Faymann die richtigen Maßnahmen für den Weg aus der Krise gesetzt hat:

- Österreich verzeichnete laut EUROSTAT im März 2011 mit **4,3 Prozent die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit** unter den EU-27 (nur 0,1% hinter dem „Europameister“ Niederlande). Anfang dieser Woche gab es um **33. 000 Arbeitslose weniger** als im Jahr davor. Trotzdem sind weitere beschäftigungsfördernde Maßnahmen notwendig, weil die Zahl der Arbeitslosen noch um 40. 000 Personen über dem Vorkrisenniveau liegt. Laut Strategiebericht wird die Zahl der Arbeitslosen von 256.200 auf 249.000 im Jahr 2015 zurückgehen.
- Positiv: Die **Beschäftigung** ist um 46.600 **Personen auf fast 3,4 Mio.** unselbständig Beschäftigte **angestiegen** – Österreich weist damit den **höchsten Beschäftigungsstand der Geschichte** auf.
- Auch beim **Wirtschaftswachstum** liegt Österreich mit vom WIFO erwarteten 2,5% Wachstum für 2011 (nach 2% 2010 und -3,9% im Krisenjahr 2009) fast **einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt der Eurozone**. WIFO-Experte Markus Marterbauer rechnet sogar mit einem Wachstum von etwa 3 %.
- Das österreichische **BIP pro Kopf**, das heißt, der Reichtum und Wohlstand Österreichs, beträgt **ca. 40.000 Dollar**. Wir liegen damit vor Finnland, Schweden, Frankreich, Deutschland und Kanada.

Verteilungs- und Steuergerechtigkeit diskutieren

Das sind eindrucksvolle Zahlen, die den Erfolg und die Verlässlichkeit des Kurses der österreichischen Regierung bestätigen. Jetzt geht es darum, Österreich in Sachen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum nachhaltig an der Spitze Europas zu positionieren. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die österreichische Bundesregierung simultan das Budget sanieren, Schwerpunkte in zukunftsorientierten Politikbereichen setzen, notwendige Strukturreformen vornehmen und weitere Schritte in Richtung Verteilungsgerechtigkeit setzen.

Statt in die nächste Krise hineinsparen aus der Krise herausinvestieren

Österreich spart also nicht in die nächste Krise hinein wie einige andere europäische Staaten, sondern investiert in Zukunftsfelder wie Bildung oder thermische Sanierung und damit aus der Krise heraus. Trotzdem wird der mit dem Budget 2011 eingeleitete Konsolidierungskurs fortgesetzt: Die Ausgabenobergrenzen des Bundes steigen bis 2015 um durchschnittlich 1,8 Prozent pro Jahr an – damit liegt das Ausgabenwachstum deutlich unter dem Wachstum des nominellen Bruttoinlandsprodukts (4% pro Jahr). Damit sinkt das Defizit kontinuierlich – die Staatsverschuldung wird hingegen von 72,3 Prozent im Vorjahr auf über 75 Prozent des BIPs im Jahr 2013 ansteigen, ab 2014 wird sie aber sinken.

Prioritäten in Sachen Bildung, Forschung, Gesundheit und Pflege

Die Bundesregierung setzt mit dem neuen Finanzrahmen deutliche Prioritäten in den Bereichen Bildung, Forschung und Gesundheit. Das heißt: Jährlich 100 Millionen für die Thermische Sanierung, ebenfalls 100 zusätzliche Millionen für die Forschungsförderung, jährlich zusätzliche 80 Millionen für den Ausbau der Ganztagesbetreuung an Schulen, 80 zusätzliche Millionen für Universitäten und Fachhochschulen sowie 40 Millionen für den Kassenstrukturfonds. Es wird darüber hinaus auch zusätzliche finanzielle Mittel für die Neue Mittelschule und die Pflege (Pflegefonds als Musterbeispiel einer Verwaltungsvereinfachung!) geben.

Bildung wird als Zukunftsbereich forciert: Der neue Finanzrahmen sieht mehr finanzielle Mittel für den Ausbau der Ganztagsschulangebote und für die konsequente Weiterführung des wichtigen Projektes „Neue Mittelschule“ vor. Von 2012 bis 2014 werden für die Bildung um über 600 Millionen mehr investiert als im Finanzrahmen des Vorjahres vorgesehen. 2015 gibt es dann noch eine Steigerung auf fast 8 Milliarden (zum Vergleich: 2010 wurden 7,2 Milliarden für Bildung ausgegeben). Ein weiterer Schlüsselbereich ist die Forschung: Für die angewandte Forschung des BMVIT werden 2012 im neuen Finanzrahmen zusätzlich 25 Millionen, 2013 30 Millionen und 2014 und 2015 je 35 zusätzliche Millionen zur Verfügung gestellt. Diese Zukunftsinvestitionen sichern zukünftiges Wirtschaftswachstum.

Beschlossen wurde das Bundesfinanzrahmengesetz mit den Stimmen der Regierungsparteien.

Doppelbesteuerungsabkommen mit Finnland ([1183 d.B.](#))

Mit der Republik Finnland wurde am 26.Juli 2000 ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet, das aber nicht mehr dem neuen OECD-Standard betreffend steuerliche Transparenz und Amtshilfebereitschaft entspricht und daher erneuert wurde.

Soziale Situation von BezieherInnen der Mindestsicherung untersuchen ([1188 d.B.](#))

In einem Entschließungsantrag, beschlossen von SPÖ, ÖVP, Grünen und BZÖ, wird der Sozialminister ersucht, zu untersuchen, wie sich die soziale Situation der MindestsicherungsbezieherInnen durch die Umsetzung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung verändert hat, welche Arbeitsmarkteffekte dadurch entstehen und ob die Anreizeffekte für den Wiedereinstieg am Arbeitsmarkt greifen. Die Ergebnisse sollen im nächsten Sozialbericht veröffentlicht werden.

Kein Jugendlicher soll ohne Ausbildung zurückgelassen werden ([1190 d.B.](#))

In Österreich gibt es jährlich rund 10.000 Jugendliche, die nach der Pflichtschule keine weitere Ausbildung machen, weder in einer weiterführenden Schule noch am Arbeitsmarkt. Rund die Hälfte dieser Jugendlichen macht Hilfsarbeiten, die andere Hälfte gar nichts. Mit einem Entschließungsantrag werden der Sozial-, der Wirtschaftsminister und die Bildungsministerin ersucht, die Ursachen für die Schwierigkeiten des Übergangs Schule – Beruf zu analysieren und zu untersuchen, wie die von Sozialminister Hundstorfer vorgeschlagene Ausbildungspflicht im Detail umgesetzt werden kann.

Auswirkungen der Kurzarbeit werden überprüft ([1191 d.B.](#))

In einem weiteren Entschließungsantrag wurde der Sozialminister vom Nationalrat ersucht, den Abgeordneten bis spätestens Ende des Jahres 2011 unter Einbeziehung der Sozialpartner einen Bericht über den Vollzug und die Wirkungen der Kurzarbeit seit 2009 zu übermitteln.

Beleuchtung der Lebenssituation älterer Menschen ([1196 d.B.](#))

Der Nationalrat hat in einem Entschließungsantrag den Sozialminister ersucht, nach Abschluss der Beratungen des Bundesseniorenbeirates einen Bundesplan für Seniorinnen und Senioren vorzulegen.

Parlamentsreden vom 17.05.2011**Rede zur Situation in der Eurozone**

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Herren auf der Regierungsbank! Sehr geehrte Damen und Herren! Mittlerweile wissen wir, dass Angstmache und Verunsicherung das politische Spiel der FPÖ sind. Wir kennen das, das wiederholt sich ständig und ist immer wieder dasselbe. (*Abg. Mag. Stefan: Sie werden uns jetzt beruhigen!*)

Deshalb, meine Damen und Herren, lassen Sie mich gleich am Anfang betonen: Der Euro ist und bleibt stabil. (*Abg. Strache: Alles billiger geworden – wahrscheinlich in Irland!*) Diese Angstmache, die von der FPÖ betrieben wird, können Sie vergessen. Österreich hat letztendlich enorm, *mehr* als andere Länder – als die meisten anderen Länder – vom Euro profitiert.

Anstatt uns an wilden Spekulationen zu beteiligen, die schlussendlich nur den Finanzjongleuren helfen (*Abg. Bucher: Das ist nicht Spekulation, das ist Realität!*), sollten wir uns eigentlich dafür einsetzen, dass die Maßnahmen, die für die Sicherung und für die Stärkung der Euro-Zone beschlossen wurden, nun

konsequent und schnellstmöglich durchgesetzt werden. *(Abg. Dr. Rosenkranz: Wozu brauchen wir das dann?)*

Denn schließlich – und das ist der springende Punkt, das werde ich Ihnen jetzt sagen – wollen wir in Österreich weiterhin vom Euro und den 20 000 Arbeitsplätzen, die er uns jährlich zusätzlich bringt, profitieren. Wenn Sie keine zusätzlichen Arbeitskräfte und Arbeitsplätze haben wollen, dann ist das Ihr Problem. *(Abg. Dr. Rosenkranz: Wovon reden Sie jetzt?)*

Damit handeln wir also im ureigensten Interesse der Bevölkerung, nicht nur für ein stabiles, friedliches und gemeinschaftliches Europa, sondern für ein Europa, in dem ein starker Binnenmarkt, flankiert von sozialen Maßnahmen, den ÖsterreicherInnen Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit beschert. Darum geht es. Es ist wichtig, die Stabilität der Euro-Zone zu erhalten.

Abenteuerliche Phantasien, wie Austritt oder vielleicht Rauswurf von einigen Ländern, also nationalstaatliche Alleingänge, wie sie hier immer wieder vorgeschlagen werden, das ist eine rückwärtsgewandte Politik, meine Damen und Herren! Eine solche Politik bietet keine Lösungen für die Zukunft und würde uns nur direkt wieder in die nächste Krise führen, die dann schlimmer wäre als jene, die wir gerade hinter uns haben.

Zu glauben, dass wir als Österreich, als kleines Land China Paroli bieten können, das nennt Franz Vranitzky in einem Interview eine „absolute Wahnvorstellung“. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.)*

Deswegen ist es auch von großer Bedeutung, dass es den Euro-Schutzschirm gibt, und es ist wichtig, dass er seine Aufgaben erfüllen kann. Wir hätten ja Griechenland im Jahr 2010 den Finanzmärkten überlassen können, mit den katastrophalen Folgen, die das auch für uns gehabt hätte. Das haben wir aber mit gutem Grund nicht getan, wir haben die vernünftige Variante gewählt und die Kredite, die wir an Griechenland vergeben haben, an ein sehr klares Reformprogramm geknüpft.

Dieses Programm wird genau kontrolliert. Sie wissen, es gibt jetzt eine Kommission, die sich das genau anschaut. Griechenland soll so wieder auf einen sinnvollen ökonomischen Kurs geführt werden.

Niemand stellt aber in Frage, dass Griechenland nach Jahren der Misswirtschaft jetzt seinen Beitrag leisten muss und dass es noch sehr viele Hausaufgaben zu machen gibt – obwohl: Es gibt bereits Fortschritte. Es hat sich schon etwas getan, es wurde eine Vielzahl von Reformen durchgeführt. Das Defizit wurde von 15 Prozent auf 10,5 Prozent reduziert, aber wir wissen, der Weg ist noch lang, wir brauchen uns da auch nichts vorzumachen.

Aber Sparen alleine wird nicht reichen, um Griechenlands Probleme zu beseitigen. Österreich hat ja gezeigt, wie es gehen kann. Anstatt mit der Rasenmäher-Methode drüberzufahren und das Land kaputtzusparen, setzt die Bundesregierung auf gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche und auf eine gerechte Verteilung der Lasten.

Um das zu schaffen, braucht Griechenland Zeit und Unterstützung – und das, das möchte ich schon betonen, auch im Interesse Europas und im Interesse Österreichs.

Was wir dringend zu tun haben, ist, die Profitgier der Spekulanten einzudämmen. Es ist daher ganz klar – das wurde schon erwähnt –, dass die Finanzmärkte mit der gleichen Vehemenz unter Kontrolle gebracht werden müssen wie die griechischen Schulden. Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, wir brauchen neue und strengere Regeln für Ratingagenturen, wir brauchen Bankenabgaben, neue Eigenkapitalvorschriften sowie ein Insolvenzrecht für Banken. Hier müssen wir ansetzen, hier müssen wir weitermachen.

Ich möchte aber die Dringliche der FPÖ schon noch einmal ins rechte Licht rücken. Herr Krainer hat bereits aus dem „Standard“ zitiert, leider nicht alles, und als Kärntnerin ist es mir doch ein Anliegen, an dieser Stelle fortzusetzen. Da steht, dass Kärnten von Haider und seiner Partei ruiniert wurde und die Hypo Bank letztendlich verstaatlicht werden musste. *(Zwischenruf des Abg. Linder.)*

„Wäre sie pleitegegangen, dann auch Kärnten, für den Bund wären etwa 22 Milliarden Euro Haftungen fällig geworden – zusätzlich zu den 1,35 Milliarden Steuergeld, die er schon direkt in die Bank gesteckt hatte. Wie griechisch ist das denn?“, fragt Herr Rauscher.

Rauscher schreibt weiter: „Aber jetzt tritt Heinz-Christian Strache ausgerechnet in Klagenfurt auf, umringt von den alten Haider-Kumpanen, und erklärt: ‚Kein Cent mehr für die Griechen ...!‘“

Ein kleines PS: Die 2,29 Milliarden Kredite an Griechenland entsprechen der Gesamtverschuldung Kärntens – obwohl der Bund um 1,35 Milliarden € die Hypo Alpe-Adria-Bank gerettet hat!

So weit zu Ihrer Dringlichen. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Amon.)*

Rede zur Änderung des Abkommens der EU über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne zur Änderung des Abkommens mit Südafrika sprechen. Die Republik Südafrika ist für die EU ein äußerst wichtiger Kooperations- und Wirtschaftspartner im südlichen Afrika. Sie ist bei allen bestehenden Problemen ein stabiler, demokratisch regierter Rechtsstaat und die größte Volkswirtschaft Afrikas, und sie besitzt ein großes Gewicht innerhalb der Afrikanischen Union und in der Blockfreien-Bewegung und gehört sowohl der G20 als auch der G8+5 an. Die ausgezeichnete logistische und organisatorische Leistungsfähigkeit des Landes konnten wir alle vergangenen Sommer beobachten, als Südafrika als erstes afrikanisches Land die Fußballweltmeisterschaft ausgerichtet hat.

Für die wirtschaftlichen, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Interessen Österreichs und der EU im südlichen Afrika ist eine enge und erfolgreiche Kooperation mit Südafrika daher von entscheidender Bedeutung.

Das Änderungsabkommen nimmt eine Reihe von wichtigen Änderungen am ursprünglichen Abkommen vor. Es ist erstens die Frage der Abrüstung und Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen als wichtige Ergänzung aufgenommen worden. Das freut mich besonders. Das steht im vollen Einklang mit den außenpolitischen Zielen und Sicherheitsinteressen Österreichs. Südafrika ist daher ein bedeutender Partner in dieser Frage.

Mit dem Ende der Apartheid hat es ein bestehendes umfangreiches Atomwaffenprogramm mit sechs einsetzbaren Atombomben gegeben. Diese wurden von Südafrika aufgegeben. Südafrika engagiert sich seitdem auf internationaler Ebene für Abrüstung und Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Südafrika besitzt daher einen großen Vorbildcharakter. Eine intensive Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen der EU und Südafrika kann also bedeutende Impulse setzen, um dieses Thema weiter voranzubringen.

Eine weitere wichtige Ergänzung des Abkommens ist der gemeinsame Kampf gegen die Produktion, den Handel und den massenhaften Besitz von sogenannten Kleinwaffen und leichten Waffen. Wenn man bedenkt, dass weltweit etwa 875 Millionen Kleinwaffen und leichte Waffen zirkulieren, dann sieht man, dass hier eine enge Zusammenarbeit besonders wichtig ist.

Außerdem begrüße ich ausdrücklich, dass die EU und Südafrika in diesem Abänderungsabkommen eine verstärkte Zusammenarbeit bei der uneingeschränkten Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof und seiner Arbeit vereinbaren. Ich hoffe daher sehr, dass uns hier eine intensive und für beide Seiten gewinnbringende Kooperation gelingt.

Meine Damen und Herren, aufgrund eines redaktionellen Versehens in der Regierungsvorlage betreffend die Kundmachung des Staatsvertrages, des Abkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten und der Republik Südafrika ist folgende *Korrektur* zu verlesen:

„2. Die bulgarische, dänische, englische, estnische, finnische, französische, griechische, italienische, lettische, litauische, maltesische, niederländische, polnische, portugiesische, rumänische, slowakische, slowenische, spanische, schwedische, tschechische und ungarische Sprachfassung des gegenständlichen Staatsvertrages sind gemäß Artikel 49 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz dadurch kundzumachen, dass sie zur öffentlichen Einsichtnahme im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten aufliegen.“

○ *****

Danke. (Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)

Pressemeldungen & Veranstaltungen:

[Muttonen kritisiert Strafmaßnahmen Israels gegen palästinensische Autonomiebehörde](#) 03.05.2011

[Muttonen /Maier: Erfolgreicher Widerstand gegen hohe EU-Strahlengrenzwerte](#)
10.05.2011

[Wurm/ Muttonen : Alle europäischen Regierungen müssen Europaratskonvention zum Schutz vor Gewalt rasch unterzeichnen =](#) 11.05.2011

[Nationalrat - Muttonen : Maßnahmen für Stärkung der Eurozone konsequent umsetzen](#) 17.05.2011

**P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L**

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Doktor-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien